



POSTANSCHRIFT

Hauptzollamt Dortmund, Postfach 10 43 44, 44043 Dortmund

Frau
Katja Idahl
Grabenstr. 6
58642 Iserlohn

DIENSTGEBÄUDE Semerteichstr. 47-49, 44141 Dortmund

BEARBEITET VON Frau Podemski

TEL 0231 9571-6107

ZENTRALE 0231 9571-0

FAX 0231 9571-6199

E-MAIL sgf.hza-dortmund@zoll.bund.de

DE-MAIL sg-f.hza-dortmund@zoll.de-mail.de

DATUM 16. August 2023

BETREFF

Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betruges

BEZUG

ANLAGEN

Anhörungsbogen

GZ

SV 3310 - VG-90387/23, EV-1, MA-1 - F 1031 (bei Antwort bitte angeben)

Sehr geehrte Frau Idahl,

Sie haben am 13.06.2021 und 11.06.2022 für sich und Ihre Bedarfsgemeinschaft schriftliche Anträge beim Jobcenter Märkischer Kreis gestellt und deshalb Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ("Arbeitslosengeld II") erhalten.

Tat 1

Jedoch beziehen Sie seit dem 01.02.2022 Lohn (Arbeitseinkommen) aus einer Erwerbstätigkeit bei Jürgen Fentrop Bürobedarf, Hagener Str. 41, 58642 Iserlohn.

Tat 2

Jedoch beziehen Sie seit dem 01.09.2022 Lohn (Arbeitseinkommen) aus einer Erwerbstätigkeit bei Overweg-Apotheke Inh. Rudolf Lübke, Overwegstr. 1, 58642 Iserlohn.

Sie haben diese Änderung in den Einkommensverhältnissen der Bedarfsgemeinschaft, die für eine laufende Leistung erheblich war, dem Jobcenter nicht mitgeteilt.

Vom 01.05.2022 bis 31.10.2022 hat die Bedarfsgemeinschaft daher Arbeitslosengeld II in Höhe von insgesamt 1.298,80 EUR zu Unrecht erhalten.

Sie sind als Vertreterin der Bedarfsgemeinschaft und Leistungsempfängerin verpflichtet, Änderungen, die nach der Antragstellung für einen Anspruch auf eine laufende Leistung erheblich sind, unverzüglich, vollständig und richtig mitzuteilen (§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)). Auch wenn Sie das zu Unrecht erhaltene

Arbeitslosengeld II bereits zurückgezahlt haben oder Sie es noch in Raten zahlen, kann Ihr Verhalten nach den mir bekannten Umständen den Straftatbestand des Betruges im Sinne des § 263 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) erfüllen. Deshalb habe ich gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betruges zum Nachteil des Jobcenters eingeleitet.

Im Fall, dass die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren einstellt, kann Ihr Verhalten vom Hauptzollamt auch wegen einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 7 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ohne weitere Anhörung mit einem Bußgeld geahndet werden. Bevor ich dieses Verfahren zur weiteren Entscheidung an die Staatsanwaltschaft abgeben muss, haben Sie jetzt die Möglichkeit, sich zum Sachverhalt zu äußern. Sie können sich auch nach Terminvereinbarung persönlich bei meiner Dienststelle zur Sache äußern.

Ich weise Sie als Beschuldigte darauf hin, dass es Ihnen freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor Abgabe dieser Erklärung, einen selbst zu wählenden Verteidiger zu befragen. Ich belehre Sie auch darüber, dass Sie zu Ihrer Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen können. Bei der Entscheidung im Straf- oder Bußgeldverfahren werden Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt. Sie haben die Möglichkeit im beigefügten Anhörungsbogen dazu Angaben zu machen. Ich empfehle Ihnen, diese Möglichkeit zu nutzen.

Ich bitte um Übersendung des ausgefüllten Anhörungsbogens und ggf. Ihrer schriftlichen Äußerung zur Sache bis zum

30.08.2023

Ihre Äußerung können Sie dem Hauptzollamt Dortmund schriftlich einreichen, zur Niederschrift erklären oder diesem mit qualifizierter elektronischer Signatur oder auf einem sicheren Übermittlungsweg (De-Mail oder besonderes elektronisches Behördenpostfach) elektronisch übersenden.

Sollte bis zum genannten Termin über den Anhörungsbogen hinaus keine schriftliche Äußerung vorliegen, wird das Verfahren auch ohne Ihre Äußerung zur Entscheidung an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Ich weise darauf hin, dass Sie zu den Angaben zur Person nach § 111 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) verpflichtet sind.

Hinweis:

Diese Anhörung im Strafverfahren ist keine Mahnung wegen zu viel gezahlten Arbeitslosengeldes II. Wenn Sie das Arbeitslosengeld II noch nicht zurückgezahlt haben, setzen Sie sich bitte mit Ihrem örtlichen Jobcenter oder der Vollstreckungsstelle des Hauptzollamts, von dem Sie zusätzlich angeschrieben wurden, in Verbindung.

Informationen zum Datenschutz werden Ihnen im Internetauftritt der Zollverwaltung unter www.zoll.de oder bei Bedarf in jeder Zolldienststelle bereitgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Podemski

Gz: SV 3310 - VG-90387/23, EV-1, MA-1 - F 1031

(bei Antwort bitte angeben)

Anhörungsbogen

(§ 163a Absatz 1 Satz 2 Strafprozessordnung - StPO -)

Zutreffendes ist anzukreuzen [x] oder auszufüllen			
<p>Gegen Sie wurde ein Strafverfahren (auch in Konkurrenz mit Ordnungswidrigkeitenverfahren) eingeleitet wegen des Verdachts (Tatvorwurf)</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> siehe beigefügtes Schreiben vom 16. August 2023</p>			
Tatort		Tatzeit (Datum)	(Uhrzeit)
I. Personalien			
Die Verweigerung der mit einem * gekennzeichneten Angaben oder deren unrichtige Angabe kann mit einer Geldbuße geahndet werden (§ 111 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten). Die Angabe der weiteren Daten ist freiwillig.			
Name *		ggf. Geburtsname *	
Vorname/n*		Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	Geburtsdatum *
Geburtsort *	Geburtsland *	Staatsangehörigkeit *	
Familienstand *			seit
<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> zusammenlebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft aufgehoben <input type="checkbox"/> Lebenspartner/in verstorben			
Beruf (ausgeübte Tätigkeit) *		Telefon	
Anschrift (Land, PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Wohnung (tatsächlicher Aufenthalt, auch ausländische Heimatanschrift)) *			
ggf. gesetzliche/r Vertreterin / Vertreter (Name, Vorname/n)			
II. Angaben zur Sache (persönliche/wirtschaftliche Verhältnisse und Sachverhaltschilderung)			
<p>Sie werden darauf hingewiesen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • es Ihnen freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen, • Sie jederzeit, auch schon vor dieser Anhörung, einen selbst zu wählenden Verteidiger befragen können und • zu Ihrer Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen können. • Sie unter den Voraussetzungen des § 140 Absatz 1 und 2 Strafprozessordnung (StPO) die Bestellung eines Verteidigers nach Maßgabe des § 141 Absatz 1 und § 142 Absatz 1 StPO beantragen können (§ 136 Absatz 1 StPO). Im Falle einer Verurteilung haben Sie die dadurch entstehenden Kosten selbst zu tragen (§ 465 StPO). • Sie für das gesamte Strafverfahren unentgeltlich einen Dolmetscher beanspruchen können, sofern Sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind (§ 163a Absatz 5 StPO i.V.m. § 187 Absatz 1 bis 3 Gerichtsverfassungsgesetz). 			
Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind vorhanden <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Ich habe die Belehrung verstanden und will <input type="checkbox"/> aussagen. <input type="checkbox"/> nicht aussagen. <input type="checkbox"/> ggf. erst nach Rücksprache mit meinem Rechtsbeistand aussagen.			
1. persönliche/wirtschaftliche Verhältnisse (freiwillige Angaben)			
derzeit ausgeübte Tätigkeit			seit
Monatliches Nettoeinkommen (1. Beschuldigte/r / 2. Ehe-/Lebenspartner/in) zu 1. Euro / zu 2. Euro		Monatl. finanzielle Belastung (Unterhaltszahlungen, Kredite etc.) Euro	
privates Vermögen		Anzahl und Alter der Kinder	
Vorname/n und Name der Ehe-/Lebenspartners (ggf. Geburtsname)			

Unterschrift Beschuldigte/r

(Name Beschuldigte/r)

(Vorname/n Beschuldigte/r)

Gz: SV 3310 - VG-90387/23, EV-1, MA-1 - F 1031

2. Sachverhaltsschilderung der/des Beschuldigten

siehe Vernehmungsniederschrift

Hier haben Sie die Möglichkeit, schriftlich zum Tatvorwurf Stellung zu nehmen und den Sachverhalt aus Ihrer Sicht zu schildern.

Siehe „Anlage Sachverhaltsschilderung“

Hinweis zum Datenschutz:

Informationen zum Datenschutz werden Ihnen im Internetauftritt der Zollverwaltung unter www.zoll.de oder bei Bedarf in jeder Zolldienststelle bereitgestellt.

Ort, Datum

Unterschrift Beschuldigte/r

Zurückzusenden an:
Hauptzollamt Dortmund
Semerteichstr. 47-49
44141 Dortmund